



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 13.04.2023**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:02 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Haak
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Herrn Aldag
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreterin für Frau Thomann, Teilnahme bis 19:14 Uhr
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 19:02 Uhr
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Klaus E. Hänsel	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme ab 17:18 Uhr
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 19:23 Uhr
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin
Jannik Balint	Sachkundiger Einwohner
Arian Michael Sudau	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 19:02 Uhr

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Tobias Teschner	Leiter FB Sicherheit
Simon Kuchta	Leiter FB Umwelt
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Martin Herrmann	Leiter Abteilung Umweltmanagement und Service
Sabine Falk	Mitarbeiterin Projekt SMARTilience
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von **Herrn Raue** eröffnet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Burkert vertagte den Antrag ihrer Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.3.

Herr Raue wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 6.2

Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle
→ **Beschlussvorschlag wurde geändert**

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
 - 3.1. Fragesteller 1 zum Abfallvermeidungskonzept
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.03.2023
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Nutzungsentgeltsatzung für das Leitstellenentgelt im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VII/2023/05286
 - 5.2. Entwicklungskonzept für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Halle (Saale) - Konzeptbeschluss
Vorlage: VII/2023/05203
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung von Maßnahmen der Waldverjüngung im Stadtwald
Vorlage: VII/2023/05106

- 6.2. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2023/05112
- 6.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Errichtung eines Hauses des Jugendrechts
Vorlage: VII/2023/05170 **VERTAGT**
- 7. Mitteilungen
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Töpfermarkt
Vorlage: VII/2023/05414
- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion zur Fahrradreparaturstation am Pfälzer Ufer
Vorlage: VII/2023/05427
- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle zur Straßenreinigung in der Hollystraße
Vorlage: VII/2023/05428
- 8.4. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Müll an der Südpromenade
Vorlage: VII/2023/05429
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.03.2023
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Abfallvermeidungskonzept

Fragesteller 1 bezog sich auf die Verlängerung der Onlinebeteiligung zum Abfallvermeidungskonzept und fragte, weshalb die Onlinebeteiligung verlängert wurde und ob die Stadtverwaltung sich vorstellen kann, gegen ein zu hohes Abfallaufkommen vorzugehen, beispielsweise durch eine progressive Abfallgebührenstaffelung oder Verwiegung.

Des Weiteren bezog er sich auf biogene Einträge und fragte, ob die Stadtverwaltung auch auf die großen Einträger biogener Abfälle im Restabfall reagieren will.

Herr Rebenstorf bat darum, sich auf der Plattform mit seinen Vorschlägen zu beteiligen.

Herr Hermann ergänzte, dass der Beteiligungszeitraum nochmals um 14 Tage verlängert wurde, um noch mehr Vorschläger aus der Bürgerschaft einzusammeln. Durch die Pressemitteilung erhofft sich die Stadtverwaltung mehr Aufmerksamkeit und damit noch mehr Vorschläge. Zur Ausgestaltung der Abfallgebührenstruktur sagte er, dass eine progressive Gebührenstaffelung zur Folge hätte, dass Ein- und Zweifamilienhaushalte bevorteilt werden, da sie weniger Abfall produzieren und dies wäre sowohl unfair als auch nicht zulässig. Eine Verwiegung zieht die Stadtverwaltung nicht in Betracht.

Des Weiteren berichtete er, dass die Stadt Halle (Saale) einen relativ hohen biogenen Eintrag im bundesdeutschen Durchschnitt in Restmülltonnen vorweist. Um dem entgegenzuwirken, nimmt die Stadt in diesem Jahr an der sogenannten Biotonnen-Challenge teil, das heißt, in zwei Bereichen des Stadtgebiets wird die Biotonne untersucht und nach deren Bestandteilen geprüft. Unabhängig der Challenge wird dazu die Restmülltonne untersucht. Die Stadtverwaltung hat das Thema im Blick und versucht zusätzlich durch Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit den biogenen Eintrag im Restmüll zu reduzieren.

Fragestelle 1 wünscht sich mehr Mut seitens der Stadtverwaltung, um diese Themen immer wieder neu aufzuarbeiten.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.03.2023

Es wurden keine Einwendungen zur öffentlichen Niederschrift vom 16. März 2023 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Nutzungsentgeltsatzung für das Leitstellenentgelt im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VII/2023/05286**

Herr Teschner führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Scholtyssek fragte, weshalb bei einer Umstellung auf den 24-Stunden-Dienst eine Erhöhung der Vollzeitstellen von 20 auf 32 erfolgt.

Herr Teschner antwortete, dass 20 Personalstellen durch den Rettungsdienst refinanziert sind. Die Erhöhung ergibt sich aus der 24-Stunden-Schicht, das heißt, durch das neue Schichtsystem (2 x 24 Stunden) werden mehr Personalstellen benötigt.

Herr Scholtyssek bezog sich auf das im Gutachten angeführte 8-Stunden-Modell und fragte, worin der Nachteil besteht und ob dieses durch andere Städte praktiziert wird.

Herr Teschner antwortete, dass alle Modelle bundesweit praktiziert werden. Untersucht wurde das Umfeld von Halle (Saale) und Städte das 24-Stunden-Modell einsetzen. Das 8-Stunden-Modell hätte weniger Personalkosten zur Folge, allerdings muss die Stadtverwaltung dafür sorgen, dass ausreichend Personal rekrutiert werden kann. Zudem entspricht das 24-Stunden-Modell dem der Feuerwehr und ist attraktiver für Bewerber und Bewerberinnen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Nutzungsentgeltsatzung für das Leitstellenentgelt im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis, mit Gültigkeit zum 01.06.2023.

**zu 5.2 Entwicklungskonzept für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt
Halle (Saale) - Konzeptbeschluss
Vorlage: VII/2023/05203**

Herr Heinz führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Menke äußerte seinen Unmut über die tatsächlichen Zustände in allen vier Freiwilligen Feuerwehren, allen voran Nietleben und Diemitz, die er selbst vor Ort gesehen hat. Er fragte, ob die vorhandenen Mängel bis 2027 nicht beseitigt werden.

Herr Heinz antwortete, dass entsprechende Anträge in die Haushaltsberatungen eingebracht werden können, um die Unterhaltungsmittel aufzustocken. Es geht darum, eine Grundstruktur und eine Priorisierung zu schaffen. Losgelöst der Prioritätensetzung werden Sicherheitsmängel noch in diesem Jahr zu beseitigen. Er ist dankbar für entsprechende Hinweise.

Frau Raft fragte nach dem grundlegenden Bedarf an Freiwilligen Feuerwehr. Des Weiteren fragte sie, wer die Prioritäten von Schulen, Feuerwehren etc. insgesamt bewertet

Herr Rebenstorf antwortete, dass Gefahrenabwehr unabhängig der Nutzung immer Vorrang hat. Bei einer Priorisierung entscheidet jeder Geschäftsbereich selbst. Eine Abwägung hängt immer vom Einzelfall ab.

Herr Heinz ergänzte, dass hierbei zwischen Investition und Unterhaltung unterschieden wird. Investitionen werden durch den Stadtrat beschlossen. Für gebäudewirtschaftlichen Leistung reicht das Budget nur für Gefahrenabwehr und ggf. Substanzverlust.

Herr Teschner antwortet, dass die Stadtverwaltung keinen Änderungsbedarf in der Anzahl der Freiwilligen Feuerwehren sieht.

Frau Krischok fragte, ob der neue Brandschutzbedarfsplan noch in diesem Jahr vorgelegt wird. Des Weiteren bezog sie sich auf die Erneuerung der Heizung in Diemitz und fragte, wann dies vorgesehen ist, da das Jahr 2021 in der Vergangenheit liegt.

Herr Heinz sicherte eine Prüfung der Angaben zu.

Frau Krischok fragte, was unter Sofortmaßnahmen zu verstehen ist.

Herr Heinz antwortete, dass damit regelmäßig, ohne schuldhafte Verzögerungen durchgeführte Maßnahmen zu verstehen sind.

Frau Krischok fragte, ob es möglich ist, den Gefahrenabwehrbedarfsplan einzusehen.

Herr Teschner antwortet, dass der Brandschutzbedarfsplan derzeit überarbeitet wird. Der Gefahrenabwehrbedarfsplan kann eingesehen werden.

Frau Krischok fragte, wann die Feuerwehrsatzung überarbeitet wird, sodass die Kinderwehr integriert wird.

Herr Teschner antwortete, dass die entsprechende Beschlussvorlage noch in diesem Jahr vorgelegt wird.

Frau Krischok fragte, wie viele Mittel insgesamt für Katastrophenschutz benötigt wird.

Herr Teschner antwortete, dass er keine Gesamtsumme nennen kann. Es erfolgt immer eine taktisch/zweckmäßige Investition.

Frau Krischok fragte, ob die Materialien in den verschiedenen Feuerwehren dezentral gelagert werden.

Herr Teschner bejahte dies.

Herr Raue bezog sich auf die Aussagen von Herrn Menke zu Mängeln in den Feuerwehren und fragte, ob es noch andere städtische Gebäude gibt, die nicht den Richtlinien, wie beispielsweise das Vorhalten von Rettungswegen, entsprechen und in welche Zuständigkeit die Prüfung fällt.

Herr Heinz antwortete, dass städtische Immobilien in der Verantwortung des Fachbereiches Immobilien liegen. Sollte die Ergebnisse der jährlichen Prüfungen, beispielsweise Brandschutz, eklatante sicherheitsgefährdende Punkte aufweisen, werden die Bereiche entweder gesperrt oder die Mängel beseitigt.

Herr Krause fragte, wer für die Arbeitsstättenverordnung, den Unfallschutz und die Gefährdungsbeurteilung zuständig ist. Des Weiteren fragte er, wie oft die Begutachtung der Bausubstanz der städtischen Objekte erfolgt.

Herr Heinz antwortete, dass über das Epikur-System der gesamte städtische Gebäudebestand analysiert und dokumentiert wurde. Zielstellung ist es, dass jährlich jedes Objekt inspiziert wird. Weiterhin sagte er, dass die Stadtverwaltung selbst eine Arbeitsstättenrichtlinie hat.

Frau Dr. Burkert berichtete, dass es in der Freiwilligen Feuerwehr in Passendorf zu mehreren Einbruchversuchen kam. Sie fragte nach der Planung von Einbruchmeldeanlagen in den Feuerwehren. Des Weiteren fragte sie, welche Förderprogramme vom Land bzw. Bund können genutzt werden, um den Missstand in den Feuerwehren zu beseitigen.

Herr Heinz antwortete, dass Förderprogramme regelmäßig gesichtet werden. Er nahm den Hinweis mit den Einbruchmeldeanlagen auf und sicherte eine Prüfung zu.

Herr Scholtyssek fragte, weshalb Instandhaltungsmaßnahmen (Bsp. Ammendorf) im Konzept mit aufgeführt wurden. Nach seiner Auffassung sollten die Neubauten in einem Zustand gehalten werden, wo es nur gelegentlich zu kleinen Reparaturarbeiten kommen sollte.

Herr Heinz antwortete, dass diese mit aufgeführt wurden, um einen Gesamtüberblick zugeben. Er warb für reichlich Unterhaltungsmittel in der Haushaltsplanung.

Herr Hänsel fragte nach einer Zeitangabe für die Instandhaltungsmaßnahmen der drei Freiwilligen Feuerwehren.

Herr Heinz antwortete, dass vorerst eine Prioritätensetzung erfolgt ist. Er sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Hänsel bezog sich auf die Durchführung der Machbarkeitsstudie und äußerte sein Unverständnis über die Durchführung der Machbarkeitsstudie der Priorität drei erst im übernächsten Jahr. Er regte an, alle Machbarkeitsstudien aller Gebäude parallel durchzuführen.

Herr Heinz sagte, dass entsprechende Mittel für die gleichzeitige Durchführung nicht vorhanden sind.

Herr Hänsel kündigte einen entsprechenden Änderungsantrag zum Stadtrat an. Des Weiteren bezog er sich auf die Installation der Unterstände für die 9 Feuerwehrfahrzeuge an den Standorten Reideburg und Kanena und sagte, dass es seiner Meinung nach nicht sinnvoll ist, die Fahrzeuge vorher der Witterung auszusetzen, um diese dann 2028 für den Erhalt unterzustellen.

Herr Heinz verwies dabei auf die Prioritätensetzung.

Frau Krischok bedankte sich, dass diese Beschlussvorlage vorgelegt wurde. Ihr persönlich sind Schulen in der Prioritätensetzung dennoch wichtiger und regte an, dass der Stadtrat die richtigen Prioritäten in den Haushaltsberatungen setzt.

Herr Menke fragte, weshalb eine Machbarkeitsstudie ein ganzes Jahr dauert und welche Maßnahmen noch dieses Jahr geplant sind

Herr Heinz antwortete, dass eine Machbarkeitsprüfung substantiiertes Art dauert mindestens ein halbes Jahr, danach geht es um die Prioritätensetzung und die Kostendeckung für Projektierung und Bau. Für dieses Jahr liegt kein Budget vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt das in der Anlage beigefügte Entwicklungskonzept mit Stand 02/2023 als Grundlage für künftige Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen für die benannten Standorte der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Halle (Saale).

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung von Maßnahmen der Waldverjüngung im Stadtwald Vorlage: VII/2023/05106

Herr Dr. Lochmann brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen. Zudem kündigte er einen Vertagungsantrag an.

Herr Rebenstorf stimmte aus Sicht der Verwaltung einer Vertagung zu. Er verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Dr. Lochmann sagte, dass ihm die konkreten Alternativen, die durch die Verwaltung durchgeführt werden, fehlen.

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung und die Übernahme von selbständigen Patenschaften und bat um eine Erläuterung. Des Weiteren verwies sie auf die Anregung, solche Patenschaften in Bundesfreiwilligendiensten mit einzubringen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Doege bezog sich auf die Favorisierung der natürlichen Waldverjüngung im Antrag und sagte, dass dies mit den Naturschutzgebieten kollidiert. Er schlug vor, das Betreuungsforstamt, bzw. den zuständigen Förster für eine der kommenden Ausschusssitzungen einzuladen.

Frau Dr Burkert bat um eine Übersicht der Maßnahmen, welche derzeit in der Dölauer Heide derzeit durchgeführt werden. Des Weiteren fragte sie, wie das Projekt zum Ziehen und Pflanzen von Eichenstecklingen beworben wurde. Sie bot als Fraktion an, mögliche Prospekte an Schulen zu verteilen, um auf diese Aktion aufmerksam zu machen.

Herr Rebenstorf antwortete, dass in der kommenden Ausschusssitzung darüber informiert wird.

Herr Menke merkte an, dass der Antrag nur eingebracht wurde, da die erforderlichen Maßnahmen seitens der Stadtverwaltung nicht werden.

Herr Rebenstorf sagte, dass er der Aussage von Herrn Menke widersprechen muss.

Frau Jacobi äußerte ihre Verwunderung über die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung, da die Verwaltung zur Umsetzung der im Antrag formulierten Maßnahmen laut Waldgesetz verpflichtet ist. Sie wies darauf hin, dass der Antrag explizit die nährstoffarmen Flächen beziffert. Sie regte an, eine mögliche Umsetzung in der kommenden Ausschusssitzung zu erläutern

Herr Raue stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrags. Er bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in den kommenden drei Jahren bei der notwendigen Waldverjüngung in den städtischen Wäldern mit den vorhandenen Finanzmitteln vorrangig Projekte der Naturverjüngung entsprechend der Forsteinrichtung 2020 – 2029 auf geeigneten nährstoffarmen Flächen mit wildsicherer Umzäunung durchzuführen.
2. Darüber hinaus sind in den kommenden drei Jahren mehrere Pilotprojekte mit Saatverfahren auf geeigneten Flächen in den städtischen Wäldern zu realisieren. Auf diesen Flächen können alternative Methoden gegen Wildverbiss eingesetzt werden. Zu prüfen ist die Beschaffung von Geräten/Maschinen für die Sammlung von Saatgut in den städtischen Wäldern und für das Säen. Zu prüfen ist außerdem in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, wie die Bevölkerung in die Sammlung von geeignetem Saatgut in den Stadtwäldern einbezogen werden kann.
3. Über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen ist jährlich im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung zu berichten.

zu 6.2 Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2023/05112

Herr Raue brachte den geänderten Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Hänsel sagte, dass das Ansinnen des Antrags nachvollziehbar, aber in der vorliegenden Version für ihn nicht zustimmungsfähig ist. Der Antrag sollte seiner Meinung nach auf Fahrräder und E-Roller ausgeweitet und eine Zielstellung formuliert werden. Zudem ist eine monatliche Berichterstattung zu viel und damit die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung nachvollziehbar.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Raue** um Abstimmung des Antrags bat.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung legt monatlich einen Bericht zur Entwicklung öffentlicher Parkplätze für Autos in der Stadt Halle (Saale) vor. Der Bericht soll die zum Stichtag eines Monatsersten, öffentlich nutzbare Parkplatzflächen für Personenkraftwagen auflisten und detailliert aufführen und begründen, wo welche Parkplatzflächen temporär und dauerhaft **aufgrund städtischer Baumaßnahmen und Planungen** entfallen oder hinzugekommen sind. Der Bericht soll im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung als Mitteilung eingebracht werden.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Mitteilung zur Aktion Baumpatenschaft** **Vorlage: VII/2023/05463**

Herr Herrmann informierte anhand einer Präsentation zur Aktion Baumpatenschaften.

Frau Jacobi bedankte sich für die Umsetzung der Anregung ihrer Fraktion.

Frau Dr. Burkert bedankte sich für die Präsentation und die übersichtliche Webseite. Sie fragte, ob ein Baum 300 Euro Spende kostet.

Herr Herrmann antwortete, dass 300 Euro der Mindestbetrag für einen Baum ist. Bei einer niedrigeren Spende ist eine Buchung über die interaktive Karte nicht möglich und man teilt sich einen Baum mit Anderen.

Herr Scholtyssek fragte nach den jährlichen Kosten des Pflegeaufwandes für einen Baum und der Maximalzahl der Baumpatenschaften, die mit dem derzeitigen Budget abgedeckt werden können.

Herr Herrmann antwortete, dass die Kosten eines Baums von 2.000 bis 2.500 Euro bereits die Pflege in den ersten zwei bis drei Jahren mit einbeziehen. Die Neupflanzung von Bäumen ist eine Kernaufgabe der Stadtverwaltung, das heißt, hier sollte man nicht von Mehrkosten für den Fachbereich sprechen.

Frau Wolf bezog sich auf den Stau von geplanten Baumpflanzungen im Rahmen der Baumpatenschaften und verwies dabei auf die Aktion in Leipzig „Baumstarke Stadt“ und fragte, ob dieses Modell, dass Bäume, die im Zuge von Straßen- und Ausgleichsmaßnahmen eh gepflanzt werden auch für Baumpatenschaften zur Verfügung stehen, auch im halleschen Stadtgebiet angewandt werden kann.

Herr Herrmann antwortete, dass sich der natürliche Stau der Baumpflanzen aufgrund der eingeschränkten Pflanzperiode ergibt. Seiner Meinung ist durch den Vorschlag die Attraktivität einer Baumpatenschaft minimiert, da eine persönliche Standortauswahl nicht mehr möglich ist. Er wird diese Anregung nochmals im Fachbereich spiegeln.

Frau Wolf sagte, dass diese Aktion sehr gut in Leipzig angenommen wird.

Herr Lochmann unterstützte die Anregung von Frau Wolf.

Herr Streckenbach fragte nach der Höhe des Budgets, die zur Anschaffung und Pflege von Bäumen zur Verfügung stehen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Krause regte an, die Baumpatenschaften zu erweitern.

Herr Herrmann verwies auf die Gießpatenschaften und Blühpatenschaften, wo sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Er sicherte eine Prüfung zu, die Baumpatenschaften um eine zusätzliche Gießpatenschaft zu erweitern zu.

Herr Lothholz fragte nach den Kosten der Beschilderung und ob die Bürgerinnen und Bürger selbst ein Interesse an der Beschilderung haben.

Herr Herrmann antwortete, dass die Beschilderung/Widmung optional angeboten wird. Die Kosten belaufen sich auf 50 Euro, welche aus steuerrechtlichen Gründen über ein zusätzliches Sponsoring abgedeckt wird, was über verschiedenen Sponsoren, meist durch Firmen, übernommen wird.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/05503

Herr Lothholz bezog sich auf die vorbeugende Gefahrenabwehr und fragte, wie die Stadtverwaltung mit dem §5 der Baumschutzsatzung umgeht.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf Nr. 1509, 1510 und 1512 und fragte, weshalb bei diesen Maßnahmen im Zuge der Gefahrenabwehr Nachpflanzungen gefordert werden und bei Nr. 1514 nicht. Bezogen auf die Nr. 1518 fragte sie, um was für eine Asphaltfläche es sich handelt.

Herr Rebenstorf sicherte zu Frage eins eine schriftliche Beantwortung zu. Zur Frage zwei antwortete er, dass es sich dabei um die Hochwassermaßnahme 202 (Wegesanieierung Peißnitzstraße) auf der Ziegelwiese handelt. Dazu gab es bereits ausführliche Informationen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information Projektstand Errichtung von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern Vorlage: VII/2023/05270

Herr Heinz informierte über den Projektstand Errichtung von Photovoltaikanlagen auf kommunalen Flächen.

Herr Dr. Lochmann fragte, über welchen Zeitraum die Wirtschaftlichkeit kalkuliert wurde.

Herr Heinz sicherte eine schriftliche Beantwortung und die Nachreichung der Kalkulation zu. Er wies darauf hin, dass der laufende Stromlieferungsvertrag mit den Stadtwerken läuft im kommenden Jahr aus.

Herr Scholtyssek bezog sich auf den beschlossenen Antrag seiner Fraktion zur Überdachung von größeren Freiflächen und fragte nach dem Ergebnis der Prüfung.

Herr Heinz sicherte eine Berichterstattung im kommenden Ausschuss zu.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wie viele Gebäude insgesamt geprüft wurden. Des Weiteren bezog sie sich auf die Anlage und sagte, dass einmal von Gebäuden und einmal von Dachflächen gesprochen wurde. Des Weiteren fragte sie nach den Gründen der Ablehnung bei der Gebäudebewertung.

Herr Heinz antwortete, die Anlage nochmal zu konkretisieren. Es handelt sich um 96 Gebäude von insgesamt 800 geprüften Objekten, einschließlich der Garagen. Mögliche Ursachen einer Ablehnung waren unter anderem die Statik, oder eine zu hohe Beschattung der Dachflächen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Trinkbrunnen - aktueller Projektstand Vorlage: VII/2023/05543

Herr Zwick und **Frau Falk** informierten über den aktuellen Projektstand zu Trinkbrunnen.

Frau Dr. Burkert bedankte sich, dass dieses Projekt ausgeführt wird. Sie fragte nach den Gründen, weshalb keine Trinkbrunnen im halleschen Osten geplant wurden. Weiterhin wies sie auf den verdreckten Trinkbrunnen auf der Peißnitz hin und fragte, wie die Stadtverwaltung damit umgeht. Außerdem fragte sie, ob es angedacht ist Trinkbrunnen auch in der Nähe von Sportplätzen, wie beispielsweise der Hafenbahntrasse, zu installieren.

Frau Falk antwortete, dass aufgrund der Hitze- bzw. Klimaanpassung als auch unter sozialen und wirtschaftlichen Aspekten die derzeitigen Standorte ausgewählt wurden. Weitere Trinkbrunnen können beispielsweise über ein anderes Förderprogramm geplant werden. Im Projekt stehen 36.000 Euro für die Wartung der Trinkbrunnen zur Verfügung. Es gab für den halleschen Osten keine konkreten Standortvorschläge. Sie sicherte eine erneute Prüfung für den halleschen Osten als möglichen Standort zu.

Herr Krause fragte, ob es auch angedacht ist, die Trinkbrunnenstandorte städtebaulich einzubinden und noch zusätzliche Sitzelemente mitzuintegrieren.

Frau Falk antwortete, dass dies aus dem Fördermitteltopf nicht möglich ist. Allerdings war dies ein Kriterium bei der Standortentscheidung für Trinkbrunnen.

Herr Streckenbach fragte, wie viele Punkte hätten erreicht werden können, wenn der Fokus auf Überwärmungsgebiete gelegt worden wären.

Frau Falk antwortete, dass der Bereich der Überwärmung 15 Prozent bei der Punktevergabe ausgemacht haben.

Frau Jacobi bat um einen aktuellen Stand zum Trinkbrunnen Am Steintor.

Frau Falk berichtete, dass der Trinkbrunnen im September 2022 eingeweiht wurde. Die Laufzeiten des Trinkbrunnens sind von Ostern bis Oktober.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, für welchen Zeitraum das Budget in Höhe von 36.000 Euro für den Betrieb der Trinkbrunnen zur Verfügung stehen und wie diese künftig finanziert werden.

Frau Falk antwortete, dass das Budget im Projektzeitraum bis Januar 2024 zur Verfügung steht. Danach erhofft man sich durch die anstehenden gesetzlichen Änderungen, dass Bund oder Land diese Aufgaben finanziell untersetzen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Information zum Begrünungskonzept der Altstadt

Herr Rebenstorf informierte, dass die Stadtverwaltung für den Domplatz und den Ulrichskirchhof eine Antragstellung für das Programmjahr 2024 im Städtebauförderprogramm „Lebendige Zentren“ vorbereitet. Parallel dazu erfolgt die Einordnung in den Haushaltsplan. Mit einem Bescheid ist Ende 2024 zu rechnen. Einer Bewilligung vorausgesetzt, können die Maßnahmen 2025/2026 realisiert werden. Für den Marktplatz wird noch eine alternative Finanzierungsmöglichkeit gesucht, bzw. wird eine Antragstellung für das Programmjahr 2025 vorbereitet.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Töpfermarkt Vorlage: VII/2023/05414

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion zur Fahrradreparaturstation am Pfälzer Ufer Vorlage: VII/2023/05427

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle zur Straßenreinigung in der Hollystraße Vorlage: VII/2023/05428

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Müll an der Südpromenade Vorlage: VII/2023/05429

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Frau Krischok zu Sondernutzungsgebühren

Frau Krischok stellte folgende vorab schriftlich eingereichte Anfrage zu Sondernutzungsgebühren:

1. *Ist das Gutachten zu den Sondernutzungsgebühren fertiggestellt? Wann wird dem Stadtrat die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung zur Beschlussfassung vorgelegt?*

Herr Teschner antwortete, dass es sich dabei um eine Kalkulation handelt und diese inzwischen vorliegt. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird derzeit vorbereitet.

zu 8.6 Frau Krischok zum Landespräventionsrat

Frau Krischok stellte folgende vorab schriftlich eingereichte Anfrage zum Präventionsrat:

1. *Haben städtische Vertreter*innen an dem Stammtisch des Landespräventionsrates am 2. März teilgenommen? Wenn ja, können Sachverhalte für Halle (Saale) genutzt werden?*

Herr Teschner antwortete, dass eine erstmalige Teilnahme am 25. März 2023, der 25. Mitgliederversammlung des Landespräventionsrates, erfolgte.

zu 8.7 Frau Dr. Burkert zu den Müllbehältern in der Robert-Koch-Straße

Frau Dr. Burkert berichtete, dass die Müllbehälter an der Haltestelle Robert-Koch-Straße immer überfüllt sind und fragte, ob der Stadtverwaltung das bekannt ist und deshalb größere Müllbehälter installiert werden können.

Herr Rebentorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Dr. Burkert zum Glascontainer in der Richard-Wagner-Straße

Frau Dr. Burkert berichtete, dass die Glascontainer am Holzspielplatz in der Richard-Wagner-Straße überfüllt sind und bereits mehrere Flaschen vor den Containern abgestellt wurden. Sie fragte, ob der Stadtverwaltung das bekannt ist.

Herr Rebentorf sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.9 Frau Dr. Burkert zu Wildschweinen

Frau Dr. Burkert berichtete, dass viele Wildscheine und deren Frischlinge nachts auf der Talstraße/Peißnitz umherstreifen und die sich dort aufhaltenden Jugendliche die Befürchtung haben, von der Bache angegriffen zu werden.

Herr Teschner antwortete, dass die erhöhte Wildscheinpopulation auf der Peißnitz bekannt ist. Die Stadtverwaltung ist in Kontakt mit dem angrenzenden Jagdpächter, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

zu 8.10 Frau Dr. Burkert zu Füchsen

Frau Dr. Burkert fragte, ob Bürger*innen selbst für die Abschusskosten von Füchsen in ihrem heimischen Garten aufkommen müssen.

Herr Teschner bejahte dies.

zu 8.11 Herr Doege zum Schlagloch in der Ludwig-Wucherer-Straße

Herr Doege berichtete, dass sich in der Ludwig-Wucherer-Straße/Ecke August-Bebel-Straße ein tiefes Schlagloch befindet und bat um Prüfung.

Herr Rebentorf sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.12 Herr Doege zu Fahrrädern am Hauptbahnhof

Herr Doege fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Begutachtung alter Fahrräder am Hauptbahnhof.

Herr Teschner antwortete, dass das hallesche Prüfsystem auf das Berliner Modell im weitesten Sinne umgestellt wird und folglich auch herrenlose Fahrräder geprüft werden. Er bat um genaue Hinweise, wo sich solche alten bzw. augenscheinlich herrenlose Fahrräder befinden.

zu 8.13 Herr Raue zum Schlagloch am Riebeckplatz

Herr Raue berichtete, dass sich am Riebeckplatz/Abbiegespur zur Volkmannstraße ein Schlagloch am Kanaldeckel befindet und bat um eine Prüfung.

Herr Rebentorf sicherte eine Prüfung zu.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Raue** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin